

Der frühere Minister und Kontaktmann mehrerer Regierungen zur FARC, Álvaro Leyva, hatte in einem Interview mit dem Magazin EL ESPECTADOR zu seinen persönlichen Kontakten zu den Verhandlungsdelegationen in Havanna und seiner Einschätzung der kritischen Phase der Verhandlungen Stellung genommen und dabei die Regierung kritisiert. Parlamentspräsident Juan Fernando Cristo kritisiert nun in einem Gespräch mit dem Magazin SEMANA vom 2.10.2013 die Aktivitäten Leyvas:

Die Einmischung von Álvaro Leyva in den Friedensprozess macht besorgt

Für Juan Fernando Cristo ist die Anwesenheit des früheren Ministers in Havanna schädlich für die Gespräche.

Am Vorabend des Beginns der 15. Verhandlungsrunde zwischen Regierung und Guerrilla bezog sich der Parlamentspräsident auf die Anwesenheit von Amtsträgern und Privatpersonen in der kubanischen Hauptstadt und auf deren vermutete Treffen mit Sprechern des Verhandlungsteams der FARC.

Cristo versicherte, es liege bei der Staatsanwaltschaft, ob Straftatbestände bei jenen Privatpersonen anzunehmen seien, die nach Havanna gereist sind, um sich dort mit Mitgliedern einer illegalen bewaffneten Organisation zu treffen, ohne Einwilligung der Regierung. Trotzdem müssten solche Personen nicht die Erlaubnis der Regierung einholen, da sie nicht dem öffentlichen Dienst angehören.

Cristo bekannte: Die Regierung ist vor allem besorgt über die Anwesenheit einer Person, nämlich des Ex-Ministers Álvaro Leyva, von dem bekannt ist, dass er mehrmals nach Havanna reiste und sich dort mit Sprechern der Guerrilla traf.

Leyva hat bei mehreren Gelegenheiten öffentlich erklärt, dass der Mechanismus der Bestätigung eines Friedensabkommens über eine Verfassunggebende Versammlung laufen müsse, wie dies auch die FARC gefordert hat. Dazu gehört auch, dass sich Leyva im April mit Ex-Präsident Uribe getroffen hat, mit dem er über eine mögliche Verfassunggebende Versammlung gesprochen hat.

Laut Cristo ist die Besorgnis der Regierung begründet, was die "Einmischung" Leyvas in den Friedensprozess angeht: "Wenn es Privatpersonen gibt, die nach Havanna reisen und sich dort mit der FARC treffen und mit ihr über die Bestätigung eines Abkommens durch die Bevölkerung sprechen und dies ohne Autorisierung durch die Regierung tun, dann stören und schädigen sie den Friedensprozess".

Es war Innenminister Aurelio Iragorri, der die Besorgnis der Regierung wegen der Anwesenheit Dritter in Havanna zum Ausdruck brachte, die nach seiner Einschätzung "in verdeckter Form Sitzungen abhalten" mit den Verhandlern der Guerrilla. "Sie tarnen ihre Reisen als Tourismus aber reisen in Wirklichkeit, um sich mit Mitgliedern der FARC zu treffen, wie es der Prokurator anzeigte".

Für Iragorri kann man "die Gespräche in Kuba nicht in Verhandlungen verwandeln, die allen offenstehen, die irgendetwas mit der FARC diskutieren wollen. Das muss in Ordnung gebracht werden".

Vor zwei Wochen hatte Prokurator Alejandro Ordoñez Regierung und Parlament aufgefordert, ihn zu informieren über jegliche von ihnen genehmigte Reise nach Kuba. Und er kündigte eine disziplinarische Untersuchung gegen Staatsbedienstete an, die sich mit Guerrilleros der FARC in Havanna getroffen hatten.

In Fällen, in denen die Anwesenheit von Staatsbediensteten in Havanna ohne Reisegenehmigung bewiesen werden kann, könnte Artikel 48 des Disziplinarrechts zur Anwendung kommen, der Sanktionen ankündigt gegen Bedienstete, die Gruppen außerhalb der gesetzlichen Ordnung "unterstützen, fördern, organisieren oder mit ihnen zusammenarbeiten".

Anders liegen Fälle von Privatpersonen, die wie Álvaro Leyva keine Reisegenehmigung beantragen müssen. Trotzdem bat Parlamentspräsident Cristo die Staatsanwaltschaft, eventuelle rechtliche Konsequenzen darzulegen, betreffend Privatpersonen, die sich in Havanna mit der Guerrilla treffen.

Leyva hat an mehreren Friedensprozessen mit der Guerrilla teilgenommen. Er war sogar 2010 Präsidentschaftskandidat mit dem Argument, er halte den Schlüssel zum Frieden in der Hand. Unter den letzten Mediationen mit der Guerrilla, an denen er teilnahm, war jene, als er Schlüsselfigur war bei der Übergabe der Leichen der Departementsabgeordneten aus Valle, die von der FARC 2007 ermordet worden waren.